

GRAPHISCHE

Nr. 34 38. Jg.

PRESSSE

21. Aug. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Eisasserstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 9-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten. [Postverlagsort Schkeuditz.]

Der Verbandstag in Köln.

II.

Nachdem der Verbandstag die Wahl der Kommissionen vollzogen und ihr Arbeitsgebiet abgegrenzt hat, unterbreitet der Vorsitzende dem Verbandstage eine

Entschließung gegen Zoll- und Steuergesetzgebung folgenden Inhaltes:

Resolution.

Der in Köln tagende Verbandstag der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe Deutschlands schließt sich dem Protest an, den die deutsche Arbeiterschaft gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung erhoben hat.

Er wendet sich besonders gegen die Absicht der Mehrheit des Reichstages, diese Vorlagen gewaltsam und ohne gründliche Beratung zum Gesetz zu erheben und sieht in diesen Vorlagen eine große Gefahr für das Gedeihen der deutschen Wirtschaft und für die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterschaft.

Inbesondere dient die Zollvorlage nicht den Interessen der Wirtschaft, sondern begünstigt nur die Interessen des großagrarisches Grundbesitzes und der Schwerindustrie. Schon die Einbringung der Vorlagen hat ein scharfes Anziehen aller Preise der notwendigen Bedarfsgüter hervorgerufen. Die Teuerung wird noch weiter steigen, wenn die Vorlagen Gesetz geworden sind.

Der Verbandstag verpflichtet die Kollegen, den Kampf der Arbeiterschaft gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung lebhaft fortzusetzen.

Werden die Vorlagen trotzdem Gesetz, beauftragt der Verbandstag den Vorstand und Beirat, eintretenden Verschlechterungen der Lebenslage der Kollegen energisch entgegen zu wirken.

Diese Entschließung wird, nachdem eine Erweiterung abgelehnt ist, angenommen.

Dann wird von der Verbandstagsleitung mitgeteilt, daß 85 Proz. der belgischen graphischen Arbeiter seit drei Wochen im Streik stehen, um die geplanten, geradezu unerhörten Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses abzuwehren. Um diese Abwehr erfolgreich zu gestalten und zu zeigen, daß hinter den belgischen Kollegen die Kollegen aller Länder stehen, hat der Internationale Lithographen-Bund beschlossen, vorläufig auf drei Wochen zur materiellen Unterstützung der belgischen Kollegen je Mitglied und Woche 50 Pf. abzuführen. Dem Verbandstag wird vom Vorstand und Beirat vorgeschlagen, die auf unsern Verband entfallenden Unterstützungsgelder aus der Verbandskasse zu zahlen. Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Die vom Vorstandsvorstand und -beirat vorgeschlagene Geschäftsordnung wird nach Ablehnung eines Antrages, für die Tagesordnungspunkte 2 bis 4 25 Minuten Redezeit festzusetzen, angenommen, nachdem ein Referat über „Die Demokratie in der Wirtschaft und unsere Forderungen an den Gewerkschaftskongreß“, wie ein Vortrag „Zu einem einheitlichen Arbeitsrecht“ abgelehnt und der Vorschlag, zur Förderung der Lehrlingsabteilung eine Jugendleiterkonferenz einzuberufen, genehmigt ist. Da Gästen des Verbandstages das Recht gewährt ist, ebenfalls das Wort zu nehmen, wird der Antrag, dem Kollegen Greuter (Schweiz) und Poels (Belgien) das Wort zur Bedienung der Offsetmaschinen zu geben, als erledigt betrachtet.

Anschließend wird in der Erstattung der *Geschäftsberichte* eingetreten.

Den Bericht des Vorstandsvorstandes ergänzt mündlich Kollege Haß, erster Vorsitzender des Verbandes. Er fährt sinngemäß folgendes aus: Die Stellung der Kollegen zur Verbandsleitung ist ausgezeichnet durch ein Vertrauensverhältnis. Das wurde durch die Werbeweche und die Erörterungen im Verbandsorgan bewiesen. Dieses Vertrauensverhältnis ist auch gerechtfertigt,

denn der Vorstand hat bei Lösung seiner Aufgaben immer die Interessen der Kollegen im Auge gehabt und sie bei allen Entscheidungen als maßgebend betrachtet. Auch in der Inflationszeit, die für den Verband außerordentlich schwer war, weil die Gefahr bestand, daß ein Abbau vorgenommen werden mußte. Aber damals griff die Hilfe der ausländischen Kollegen noch zur rechten Zeit ein, wofür ihnen hiermit der Dank ausgesprochen sei. Heute sind alle damals übernommenen Verpflichtungen erfüllt und ist unser Verband wieder in der Lage, anderen Landesverbänden Hilfe zu leisten. Wir haben also die bittere Zeit der Inflation überwunden, wenn auch die geistigen und physischen Kräfte außergewöhnlich stark in Anspruch genommen worden sind. Es muß deshalb vom Verband geprüft werden, ob der notwendige Nachwuchs zur Führung des Verbandes auch vorhanden ist.

Daß wir vor einer neuen Zeit stehen, kann niemand bestreiten, denn das beweisen die augenblicklichen öffentlichen Erörterungen. Sie zeigen aber auch, daß sie die Lebenslage der Kollegen beeinflussen. Wenn auch an der allgemeinen Politik der Gewerkschaften im einzelnen Kritik geübt werden kann, muß anerkannt werden, daß sie im allgemeinen gut gewesen ist. Was notwendig ist, ist den Gewerkschaften neue Macht zu geben, wenn überwunden werden soll, was die Gewerkschafter bedroht. Das muß besonders der Jugend nahe gebracht werden, die zwar kritisch gut eingestellt ist, es aber an der praktischen Mitarbeit relativ viel mangelt, läßt, sicher ein Ergebnis der Verhältnisse, die wir hoffentlich bald hinter uns haben. Im Anschluß daran setzt sich Redner mit der sogenannten Opposition in den Gewerkschaften auseinander. Wie falsch oft die Opposition die Dinge sieht, wird an zwei Beispielen gezeigt.

Weltwirtschaftlich gesehen, dürfte die Zeit des mühseligen Gewinnbesorgens vorbei sein, denn das alte Ringen hat wieder begonnen. Manches wird deshalb an wirtschaftlichen Unternehmungen noch fallen, was heute noch glaubt existenzberechtigt zu sein. Es zeigt sich so zum zweiten Male, daß Kriege niemand nützen und auch die Siegerländer unter der Not leiden müssen, die mit Kriegen notwendigerweise verbunden sind. Auch diese außerordentlichen Schwierigkeiten müssen noch überwunden werden. Daß dieses schwer ist, bedarf keines Beweises, denn die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder konnte trotz aller Mühen nicht gehoben werden. Für unser Gewerbe ist die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage nie gleich schlecht. Vielmehr ist unser graphisches Gewerbe in solchen Zeiten gut beschäftigt, weil Propaganda und Reklame zum Absatz der vorhandenen Waren besonders nötig ist. Das darf aber nicht verhindern, daß wir gerade aus der jetzigen Krisenzeit den Schluß ziehen, daß die Gewerkschaften wieder in den Rahmen der Wirtschaftsverfassung als mitbestimmender Faktor eingeschaltet werden müssen. Wir haben deshalb die Mitwirkung und Mitbestimmung der Gewerkschaften in der Wirtschaft nicht nur mittelbar, sondern auch unmittelbar mit allem Nachdruck zu verlangen. Dabei ist bedauernd zu bemerken, daß die Rechte, die die Arbeiter in dieser Beziehung schon haben, nicht so ausgenutzt werden, wie das möglich wäre. Kollege Haß geht in diesem Zusammenhange besonders auf die Betriebsräte und ihre Arbeiten und Aufgaben ein und betont, daß die Betriebsräte Organe der Gewerkschaften sein müssen. Daraus resultiert, daß den Betriebsräten nicht das Recht zustehen kann, über die Frage der gewerkschaftlichen Organisation zu entscheiden. Diese Entscheidungen müssen den Verbänden verbleiben.

Wie steht nun das Problem der Industrieverbände? Das zusammenarbeiten im Graphischen Bund hat immer sachlicher Arbeit gegolten. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Arbeitsgebiet des Graphischen Bundes nicht erweitert werden könnte. Entsprechende Vorschläge sind von unserem Verbands auch ge-

macht worden, die im Rahmen unserer Stellung zu Industrieverbänden liegen. Aus dieser Stellungnahme ging auch die Stützung des Planes Dißmann, betreffend Industrieverbände durch den Vorstandsvorstand hervor. Ist auch der Plan „Dißmann“ zur Schaffung von Industrieverbänden nicht vollkommen, so ist es doch ein Plan, auf dessen Grundlage weiter gearbeitet werden kann. Diesen Plan „mit allen Mitteln“ durchzuführen, davon kann und darf keine Rede sein. Redner gibt dann zur besseren Orientierung eine Übersicht über die Beratungen über Industrieverbände im Ausschuss des ADGB, und schlußfolgert, daß die Stellung unserer Organisation auf dem Gewerkschaftskongreß diktiert sein muß von der Erkenntnis, die Gewerkschaften zu stärken.

Diese Stärkung darf aber nicht nur durch die Form der Organisation, sondern muß auch durch die Erziehung herbeigeführt werden. Daß gilt es besonders der Jugend zu gedenken. Daß der Vorstandsvorstand immer bemüht war, das Leben in der Lehrlingsabteilung zum Nutzen der Gewerkschaftsbewegung zu fördern, kann nicht bestritten werden. Das soll auch weiterhin geschehen. Redner legt deshalb dem Verbandstag eine Entschließung vor, die neben einer Unterstützung der Lehrlingsabteilung durch die Gehilfen die Berufung einer Jugendleiterkonferenz fordert.

Nachdem Kollege Haß noch den Organisationsstreit wegen der Kartographen und die Besetzung der Offsetmaschine berührt hat, nimmt er Stellung zu den gestellten Anträgen und betont am Schluß seiner Darlegungen, daß die Geschicke des Verbandes durch die Verbandsleitung mit Weitsicht geführt worden seien. Wenn auch in manchen Fällen noch größere Weitsicht hätte walten können, darf doch nicht unbeachtet bleiben, daß in der Zeit der Inflation sich ganz andere Leute getauscht haben. Im Übrigen gilt auch für unseren Verband das ungeschriebene Programm der Gewerkschaften. Und nach diesem ungeschriebenen Programm, das jeder kennt, hat auch der Vorstandsvorstand gearbeitet. Deshalb unsere Stellungnahme zum Achtstundentag und das Bekenntnis, daß die Arbeit der Gewerkschaften dem Sozialismus dienen muß. Wird auch noch nach Erreichen des Zieles die Wirtschaft bestimmender Faktor sein, werden doch die Bedürfnisse der breiten Masse des Volkes Grundlage der Bestimmungen sein. Wenn wir erst einmal den Staat beherrschen, werden auch die Gewerkschaften Organe des Staates sein. Aber noch ist es nicht so weit, und es verbleibt die Aufgabe, zu versuchen, die Wirtschaft zu demokratisieren. Dahin führt uns praktische Arbeit, die wir leisten müssen. Mit den beschränkten Kräften, die dem Vorstandsvorstand zur Verfügung standen, ist auch hier getan worden, was nach menschlichem Ermessen zu tun möglich war. Deshalb kann eine gerechte Kritik wie Würdigung der geleisteten Arbeit erwartet werden.

Den gedruckt vorliegenden Kassenbericht ergänzt Kollege Leinen. Er gibt eine Übersicht über die Mitgliederbewegung und legt die Ursachen bloß, die zu einem Mitgliederverlust geführt haben. Seit Anfang 1925 ist die Mitgliederzahl des Verbandes wieder im Steigen begriffen, das sich im zweiten Quartal fortsetzt. Ganz gleich liegt es in der Lehrlingsabteilung. Die Kassenlage des Verbandes während der Inflationszeit war eine äußerst schlechte. Die Hilfe des Auslandes kam noch zur rechten Zeit, wofür nicht nur Dank auszusprechen ist, sondern versichert werden muß, daß in gleicher Zeit in gleicher Weise mit gleicher Münze von den deutschen Kollegen zurückgezahlt wird, was ihnen gutes getan worden ist. Wir können das jetzt auch, denn die Kassenverhältnisse haben sich inzwischen wesentlich gebessert, trotzdem wieder Unterstützungen in ziemlicher Höhe gezahlt werden, die bei Krankheit ganz erheblich sind. Das Kassenvermögen ist wieder gut gewachsen.

Dann berichtete Kollege Leinen über die Durchführung des Nürnberg Antrages, die Verbandsfunktionäre gegen Unfälle bei ihrer Verbandsarbeit zu schützen. Mit der Unterstützungsvereinigung ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der für 150 unbesoldete Verbandsfunktionäre die Versicherung bringt, mit der man einverstanden sein kann.

Den Bericht des Verbandsausschusses ergänzt Kollege Hansen (Hamburg). Er verweist auf den gedruckten Bericht, aus dem hervorgeht, daß der Verbandsausschuß an einer Reihe von Handlungen beteiligt war und deshalb auch die Verantwortung dafür trägt. Die lohnpolitische Tätigkeit hat daran den Hauptanteil, weshalb auch die Arbeitsleistung des Verbandsausschusses davon beeinflusst war. Wenn der Verbandsausschuß den Verbandsvorstand unterstützt hat, so in dem Bestreben, den Kollegen zu dienen. Der Verbandsausschuß ist auch heute noch der Meinung, daß die betriebliche Lohnpolitik des Verbandes in der Hauptsache richtig war. Darüber hinaus hat der Verbandsausschuß auch an der Entscheidung aller wichtigen Organisationsfragen mitgewirkt, und Kollege Hansen gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Verbandsausschuß auch in Zukunft in dieser Weise mitzuarbeiten hat.

Dann behandelt Redner die dem Verbandsausschuß übermittelten Beschwerden, die durch Spruch oder Vergleiche entschieden wurden.

Da der Verbandsausschuß seit dem Verbandstage in Nürnberg auch zugleich Beschwerdestelle für die Presse ist, unterlag ihm auch diese Arbeit. Da dem Verbandsausschuß keine Beschwerden über unser verbandliches Pressewesen zugegangen sind, schlußfolgert Redner, daß die Kollegen mit der Leitung des Verbandsorgans zufrieden sein müssen. Kollege Hansen bittet am Schluß seiner Ausführungen, bei Beurteilung der geleisteten Arbeit zu beachten, welch schwere Zeit zu überwinden war. Geschieht das, dann wird auch das Urteil gerecht ausfallen.

Den Bericht der Schriftleitung erstattet Kollege Ronnger. Er weist auf die im Laufe der Berichtsperiode zu überwindenden Schwierigkeiten hin und legt dar, was getan werden muß, um unser Pressewesen auf die Höhe der Zeit zu bringen. Redner tritt für das Obligatorium ein, wünscht für unser Jugendorgan „Graphische Jugend“ eine Raumerweiterung zur besseren gewerkschaftlichen Schulung unserer Jugend und zeigt, welch gewagtes Stück es war, Anfang 1924 ein fachtechnisches Bildungsorgan zu schaffen. Aber das Experiment muß als gelungen bezeichnet werden und es gilt nun, alle die Kollegen zu mobilisieren, die zur fachtechnischen Schulung der Kollegen das Zeug haben. Die Mitarbeit an unserer „Graphischen Technik“ muß noch wesentlich besser werden, wenn all den berechtigten Wünschen Rechnung getragen werden soll. Das kann auch geschehen, wenn endlich die Kollegen sich dazu aufschwingen, gesammelte Erfahrungen der allgemeinen Kollegenschaft zugänglich zu machen. Redner glaubt zusammenfassend sagen zu können, daß nach Maßgabe der Verhältnisse die Schriftleitung getan hat, was zu tun möglich war und erwartet er eine sachliche Kritik seiner Arbeit.

Nach Schluß der mündlichen Berichterstattung wird in die Aussprache eingetreten, nachdem ein Antrag des Kollegen Paul (Berlin), dem Kollegen Ukrow unbeschränkte Redezeit zu geben, um die Angriffe gegen die sogenannte Opposition abzuwehren zu können, abgelehnt ist.

Kollege Ukrow (Berlin) bemängelt als erster Redner zum Geschäftsbericht, daß bei Gedenken der Toten nicht des Ablebens des Arbeiterführers Lenin gedacht worden ist. Dann hebt er hervor, daß bei der mündlichen Berichterstattung die große Linie der Gewerkschaftsbewegung mit dargelegt worden sei. Dabei seien einer politischen Arbeiterpartei Vorwürfe gemacht worden, die nicht unwidersprochen bleiben dürften. Nicht die KPD, und ihre Stellungnahme seien die Ursache zum Mitgliederrückgang in den freien Gewerkschaften, sondern die Haltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der einzelnen Klassenverbände während der Inflationszeit, die eine klassenmäßige Einstellung hätte vermissen lassen, weshalb es auch nicht zu entsprechenden Maßnahmen gekommen sei. Die Annahme der Steuer- und Schutzvollgesetze sei lediglich die Auswirkung des angenommenen Dawesplanes. Da die Arbeiter nicht die Ursachen dieser Belastung gegeben haben, müßten die sich ergebenden Lasten ganz von den Schultern der Arbeiterschaft genommen werden. Es muß deshalb mit allen Mitteln angestrebt werden, die Zollvorlage nicht Gesetz werden zu lassen. Der Ansicht, die Arbeitgemeinschaften wieder aufleben zu lassen, kann unter gar keinen Umständen zugestimmt werden. Die Stellung des Verbandsvorstandes zu Industrieverbänden könnte gutgehen werden, wenn sie nicht deklariert worden wäre. Der Verbandstag müsse beschließen, daß der Verband rückhaltlos hinter der Entscheidung Dißmann stehe, die den Zwang zur Schaffung von Industrieverbänden

wieder erhalten müsse. Zur Durchsetzung des graphischen Industrieverbandes müssen die Kollegen des ganzen graphischen Gewerbes mobil gemacht werden.

Kollege Nikolai (Berlin) ist der Ansicht, daß die Ausführungen des Kollegen Ukrow den Anschein erwecken, als wenn zur Arbeit des Verbandsvorstandes, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, nichts einzuwenden sei, weil er keine Stellung dazu genommen habe. Wenn der Verband in der schweren Inflationszeit intakt geblieben ist, so ist das der gewerkschaftlichen Schulung der Kollegen zu verdanken. Hinzu kommt noch, daß der Verbandsvorstand in dieser schweren Zeit einen großen Weitblick gezeigt habe und wirklich führend gewesen sei. Redner bemängelt dann, daß der auf dem Nürnberger Verbandstag angenommene Antrag, den Kollegen die deutsche Reichsverfassung sowie die erlassenen Sozial- und Arbeitsgesetze zum Selbstkostenpreis in die Hände zu geben, nicht durchgeführt worden sei. Zum Problem der Industrieverbände vertritt Redner die Meinung, daß das Werden der Industrieverbände vom geistigen Zwang der Arbeiterschaft abhängig sei und Zwangsmaßnahmen nicht den gewollten Zweck erreichen. Redner wünscht am Schluß seiner Ausführungen, daß wir uns nicht weiter in politischen Streitereien ergehen, sondern gemeinsam Wege suchen, die Arbeiter gegen Angriffe sichern, wie sie jetzt von der Reaktion in Gang gesetzt worden sind.

Kollege Hentschel (Leipzig) nimmt Stellung zum Industrieverband. Er betont, daß unser Verband dem Industrieverband immer das Wort geredet habe und auch bereit sei, entsprechend zu handeln. Die anderen drei graphischen Verbände hätten sich nicht so eingestellt. Nach deren Stellungnahme bliebe dem Verbandstage nur übrig, die früher gefaßten Beschlüsse zu bestätigen. Damit kann es genug sein. Denn wir haben es nicht nötig, den anderen Verbänden nachzulaufen und sind auch allein in der Lage, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß sie noch nachahmenswert für andere sind. Auf dem Gewerkschaftskongreß muß bei Behandlung des Problems „Industrieverbände“ auf eine Verständigung hingearbeitet und jeder Zwang vermieden werden. Redner schließt seine Darlegungen mit dem Bekenntnis der Notwendigkeit der Industrieverbände, die aber das Werk der Erkenntnis sein müssen.

Kollege Gühring (Stuttgart) stellt fest, daß der Gau Stuttgart nichts gegen den sachlichen Inhalt des Geschäftsberichtes einzuwenden hat, nur ist der gedruckte Bericht zu spät in die Hände der Kollegen gekommen. Die Ansicht der Schriftleitung könne nicht ganz gebilligt werden, weil die beiden politischen Arbeiterparteien nicht gleich behandelt worden wären. Wenn in der „Graphischen Presse“ zu einer politischen Wahl aufgeföhrt würde, müßten beide Arbeiterparteien gleich behandelt werden. Die Flucht aus den Gewerkschaften sei nicht das Resultat der politischen Richtungsstreitigkeiten, sondern das Resultat getäuschter Hoffnungen, weil man glaubte, die Ziele der Gewerkschaften in kurzer Zeit erreichen zu können. Der ADGB hätte in vielen Fragen eine andere Stellung einnehmen müssen und dem rückständigen Teile der Arbeiterschaft nicht Rechnung tragen dürfen. Wenn mit entsprechenden Maßnahmen gewartet werden soll, bis alle Organisierten den nötigen Reifegrad erreicht hätten, dann müßte noch lange gewartet werden. Wie falsch auch die Kollegen manchmal handeln, zeigten die vielen geleisteten Überstunden, die den Achtstundentag gefährdeten. Redner fordert am Schluß seiner Ausführungen, daß dahin getrachtet werden muß, die Gewerkschaften so kampfkraftig zu machen als es nun irgend möglich ist.

Kollege Wurzel (Hamburg) verlangt vom Verbandstag, daß er nicht nur die Tätigkeit der Verbandskörperschaften, sondern auch das Handeln der Kollegen kritisch betrachte. Gerade die Tarifabstimmung 1923 habe bewiesen, welch schwere Fehler von den Kollegen gemacht worden seien. Weiter sei gegen die Nebenregierungen Stellung zu nehmen, die durch ihre Rundschreiben Verwirrung in die Kollegenschaft getragen hätten. Die Verbandskörperschaften verdienen auf Grund der geleisteten Arbeit volles Vertrauen, das wieder hergestellt werden müßte. Zum Industrieverband vertritt Kollege Wurzel den Standpunkt, auf dem Gewerkschaftskongreß keine Zwangsmaßnahmen zu beschließen. Wir bekämen sonst organisatorisch eine Dezentralisation, aber keine Zentralisation.

Kollege Ferkel (Leipzig) bedauert, daß der Antrag Leipzig zur Tagesordnung abgelehnt worden ist, weil gute gewerkschaftliche Arbeit nur geistiger Regsamkeit der Mitglieder entspringe. Auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft sei nicht zur Wirtschaftsdemokratie zu kommen. Ebenso illusionär sei, von unserem Staate zu reden. Wenn wir die Macht im Staate erst erkämpfen müßten, könnte dieser Staat nicht unser Staat sein. Redner behandelt dann noch das Zusammenarbeiten zwischen Gehilfen und Hilfsarbeiter und wünscht, wenn dieses Zusammenarbeiten im „Graphischen Bunde“ ein gutes war, daß auch in

Leipzig ein ähnliches Verhältnis geschaffen wird. In unserer Jugendzeitschrift „Graphische Jugend“ ist bestimmt darauf hinzuweisen, daß die freien Gewerkschaften sozialistisch eingestellt sind.

Kollege Gläser (Mannheim) wendet sich dagegen, daß Anträge von linksgerichteten Kollegen nicht entsprechend behandelt worden wären. Die Politik der Reichsregierung sei nur zu beeinflussen, wenn alle Arbeiter dagegen aufgebieten würden. Im Gegensatz zu den Darlegungen der Schriftleitung behauptet Kollege Gläser, daß den Kollegen nicht das Recht eingeräumt werde, im Verbandsorgan ihre Meinung zum Vortrag zu bringen. Im Verbandsorgan würde systematisch eine bestimmte Richtung im Klassenkampf benachteiligt. Auch im Jugendorgan müßten beide Richtungen entsprechend zu Worte kommen. Durch die Demokratie zum Sozialismus kommen zu wollen, sei völlig falsch. Wenn die Gegner einmal Zugeständnisse an die Arbeiterschaft machten, wüßten sie auch wofür die Arbeiterschaft wäre nur vorwärts zu bringen, wenn die Arbeiter zum Sozialismus erzogen würden.

Kollege Müller, Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, will nur zu dem sprechen, was den ADGB. betrifft. Die Anträge von Mannheim zum Gewerkschaftskongreß sind zur Veröffentlichung gekommen. In den Aufrufen des ADGB. zu den Wahlen ist nur herausgeholt worden, was die Gewerkschaften angeht. Natürlich sind dabei auch die politischen Parteien angesehen worden, die die Forderungen der Gewerkschaften im Parlament verwirklichen sollen. Wenn die Kommunisten bei dieser Betrachtung schlecht weggekommen sind, liegt es nur an ihnen. Die Gewerkschaften müssen demokratisch sein oder sie werden nicht sein. Der Gewerkschaftskongreß wird die Haltung der Leitung des ADGB. bestätigen. Durch Massenbewegungen einen ständigen Einfluß auf den Gang der Ereignisse auszuüben, hat auch seine Grenze. Das ist auch von den Arbeitern selbst nicht selten zum Ausdruck gebracht worden. Der Zolkkampf kann nur Erfolge zeitigen, wenn die Arbeiter geschlossen auftreten. Die Dißmanns Anträge zum Industrieverband gehen auf einen Zwang hinaus. Wenn der Vorstand unseres Verbandes seine Stellungnahme für die Anträge Dißmann damit begründet, den Vorstand des ADGB. zu stärken, muß doch beachtet werden, daß der Bundesvorstand, nachdem die Industrieverbandskommission nichts brachte und alles beim alten blieb, seine Anträge zum Statut stellte. Wie auch der Gewerkschaftskongreß über Industrieverbände entscheiden mag: auf keinen Fall darf es möglich sein, daß durch Zwang einer Organisation das Lebenslicht ausgelassen wird. Der Weg, den Dißmann gehen will, ist deshalb ungangbar.

Kollege Großmann (Leipzig) ist mit der Tätigkeit des Vorstandes im großen und ganzen zufrieden. Wenn der Verbandsvorstand in seinem erstatteten Bericht zum Ausdruck bringt, daß ihm die tarifliche Wirksamkeit keine rechte Freude gemacht hat, so steht das im Widerspruch mit seinen Handlungen. Die Welle, die 1923 wegen der Unterschrift unter den Steindruckertarif durch die Kollegenschaft ging, war eine durchaus gesunde, denn auch Ergebnisse von Urabstimmungen sind Beschlüsse des Verbandes. Wenn die Betriebsräte noch nicht sind, was sie sein sollen, muß geprüft werden, wo Besserungen einzusetzen haben. Die Rechte, die im Betriebsrätegesetz liegen, können von den Betriebsräten nicht so ausgewertet werden, weil sie noch nicht entsprechend geschult sind. Haben auch die Mitgliedschaften getan, was zu tun möglich war, wäre es doch angebracht, gemeinsame Arbeit der vier graphischen Verbände in der Ausbildung der Betriebsräte zu leisten. Sollten wieder die Betriebsräte zu Dingen gebraucht werden, die ihren Aufgaben nicht entsprechen, ist diesen Kollegen in schärfster Weise auf die Finger zu klopfen.

Kollege Herter (Stuttgart) will nur zu dem Antrag Stuttgart sprechen, statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse halbjährlich anzustellen. Die Aufnahme von Statistiken durch das Tarifamt bringe auch nicht die Genauigkeit, die erwartet wird. Deshalb sei dem Antrag zuzustimmen, wie auch der Antrag einer vergleichenden Statistik über Lohn- und Preisbewegungen besonders empfohlen sei. Diese Statistik soll nur für den Verband geführt werden, um den Kollegen in den kleinen Mitgliedschaften zur Hand gehen zu können.

Kollege Simon (Karlsruhe): Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder nach besten Kräften zu vertreten. Wenn die Karlsruher Kollegen bei Nichtbeachtung des Ergebnisses der Urabstimmung 1923 zum Verbandsvorstand in Opposition gestanden hätten, so müßte heute gesagt werden, daß sich damals die Kollegen geirrt hätten und der Verbandsvorstand der Weitsichtigere war. Der Verbandsvorstand hätte damals die Kollegen besser aufklären müssen. Wenn wir bestrebt sind, unsere Jugend gewerkschaftlich zu erziehen, leisten wir große Zukunftsarbeit. Zum graphischen

Industrieverband vertritt Redner die Ansicht, daß wir trotz allen Bekenntnissen für eine größere organisatorische Einheit Selbstachtung üben müssen.

Kollege Paul (Berlin) findet die Stellungnahme gegen die KPD nicht gerechtfertigt. Die Existenz dieser Partei beruht darauf, daß ein Teil der Arbeiter mit der jetzigen Taktik der SPD nicht einverstanden sein kann. Redner behandelt im Anschluß die Wahl Hindenburgs und ist der Meinung, daß die Arbeiter, die Hindenburg gewählt haben, nach erlebter Enttäuschung zu den Arbeitern zurückkehren werden. Die Betriebsräte waren ein Organ der Revolution; jetzt sind sie zu einem Organ des Kapitalismus gemacht worden. Wenn heute ein Teil Betriebsräte nicht gewählt worden sind, so liegt daran, daß man sich davor schützen will, doch einmal das Opfer der Betriebsarbeit zu werden. Deshalb wird auch diese Frage in der Zeit des Kapitalismus nicht richtig gelöst werden können.

Kollege Kießig (Leipzig) ist im allgemeinen mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes einverstanden, jedoch liegt alle Veranlassung vor, sich energisch gegen die Zoll- und Steuergesetzgebung zu wenden. Über Industrieverbände ist schon so viel gesprochen worden, daß nur wenig noch zu sagen ist. Redner ist der Meinung, daß das Verhalten der vier graphischen Verbände zum Industrieverband gleich dem ist, wie Schopenhauer die Sittlichkeit zu erklären versucht hat. Die Existenz der KPD ist das Ergebnis der gemachten Fehler durch die Führer. Die Sozialisierung ist das Problem der Betriebsleitung. Deshalb ist es nicht zu verstehen, daß der Antrag Leipzigs, auf dem Verbandstag über Arbeitsrecht zu sprechen, abgelehnt worden ist. Die Arbeitsgemeinschaft muß für immer begraben sein.

Kollege Landa (Berlin) betont, daß alle Kollegen anerkennen müssen, daß der Verbandsvorstand in der Vertretung der Interessen der Kollegen alles getan hat, was zu tun möglich war. Trotzdem bleibt bestehen, daß über die Gewerkschaftstaktik eine differenzierte Meinung besteht. Wenn die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr funktionieren, so liegt das an der Verschiebung der Machtverhältnisse. Redner wünscht, daß sich der Verbandsvorstand mehr der Betriebsräte annehme. Wäre dem Antrag Berlin Rechnung getragen worden, die Demokratie in der Wirtschaft auf dem Verbandstage zu behandeln, dann hätte sich auch gezeigt, welche Aufgaben die Betriebsräte haben. Da die deutsche Arbeiterschaft mit dem deutschen Volk und mit der deutschen Wirtschaft verbunden ist, kann sie sich auch nicht von den ihr zukommenden Teil der Lasten aus dem Dawesplan abwenden. Industrieverbände sind nicht mit Macht aus dem Boden zu stampfen, aber der Vorstand des ADGB muß vorwärts getrieben werden. Wie die Unternehmer sich zu großen Wirtschaftsorganisationen zusammenfinden, so müssen sich auch die Gewerkschaften zusammenfinden, um den Preis für die Ware Arbeitskraft zu stützen. Wenn die Kommunisten verlangen, das Verbandsorgan soll politisch neutral sein, so lassen sie sich selbst den Gewerkschaften gegenüber von diesem Grundsatz nicht leiten. Redner wendet sich dagegen, daß die KPD in die Verhältnisse der Gewerkschaften eingreifen will.

Kollege Krakau (Glogau) wünscht, daß keine Schärfe in die Schreibweise der „Graphischen Jugend“ gebracht wird, weil in der Provinz der Zuwachs im Berufe aus dem bürgerlichen Lager komme, der doch zu guten Gewerkschaftern erzogen werden muß. Die Kartographen wünscht er in gleicher Weise behandelt. Auch die Kartographen sind, wenn sie richtig angefaßt werden, zu guten Gewerkschaftern zu erziehen. Die Kartographen begrüßen, daß ihnen eine besondere Konferenz zugesagt worden ist, um eingehend prüfen zu können, was diesen Kollegen frommt und sie für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Redner verzichtet auf weitere Ausführungen, weil es keinen Zweck habe, schon Gesagtes zu wiederholen.

Kollege Herr (Nürnberg) wendet sich dagegen, die Entschließung zur Lehrlingsabteilung zu erweitern. Dadurch würden nicht nur der Provinz, sondern ganz Bayern Schwierigkeiten bereitet. Es wäre deshalb viel richtiger, nichts von der Erziehung der Lehrlinge zu Sozialisten zu sagen, es aber zu tun. Der Antrag, dem Verbandsvorstand Entlastung zu erteilen, sei lediglich der Abschluß der Aussprache über den Geschäftsbericht. Aus der Aussprache über den Geschäftsbericht der Verbandskörperschaften habe sich ergeben, daß die Kollegen mit der Tätigkeit selbst in allerschwerster Zeit einverstanden seien. Das müsse auch zum Ausdruck kommen. Wenn wir heute in besserer Position stehen als andere Arbeiterkreise, so ist das der Arbeit des Verbandsvorstandes und der Gauleiter zu danken. Der objektive Beurteiler muß zugeben, daß die verantwortlichen Verbandsinstanzen für die Kollegen getan haben, was zu tun möglich war. Deshalb ist auch bei uns nichts von einer Massenabwendung der Kollegen von

der Organisation zu spüren gewesen. Setzen wir deshalb unsere ganze Kraft dafür ein, daß der Verbandstag Beschlüsse faßt, die der Kollegen-schaft zum guten dienen.

Kollege Dürr (München) betont, daß sich die Kraft einer Organisation darin zeige, was sie für die Mitglieder zu tun vermag. Der Beschluß des Verbandsvorstandes, die Resolution Dißmann mit zu unterschreiben, sei kein glücklicher. Es ist noch schwere Arbeit zu verrichten, ehe wir zu großen Industrieverbänden kommen können. Bei der Erziehung der Lehrlinge müssen wir auf die Eltern derselben Rücksicht nehmen, ganz besonders in Bayern. In Bayern liegen eben die Verhältnisse anders als in anderen Ländern. Es nützt uns auch nichts, uns andauernd in Phrasen zu ergehen. Daneben fehlen uns die geeigneten Erzieher der Lehrlinge. Deshalb ist zu raten, die Entschließung des Verbandsvorstandes zur Lehrlingsabteilung so anzunehmen, wie sie vorgeschlagen worden ist. Ist auch der jetzige Staat nicht unser Staat, so müssen wir doch darin leben und haben die Verpflichtung, den Staat zu unsern Staat zu machen. Aber mit davonlaufenden Truppen ist solches nicht zu machen.

Kollege Liegener (Berlin) spricht zum Industrieverband. Wenn man näher in die Kollegen-schaft hineinblickt und sie für die Gewerkschaft gewinnen will, muß man gewisse Versprechungen machen. Kommt man dann wieder damit, daß wieder eine andere Organisationsform geschaffen werden soll, muß man die Frage gewärtig sein, was das Ganze eigentlich heißen soll. Man muß deshalb das Werden der Industrieverbände der Entwicklung überlassen.

Kollege Hansen (Hamburg) würde eine Erweiterung des Umfangs der „Graphischen Jugend“ sehr begrüßen. Darüber hinaus muß auch in der „Graphischen Presse“ für die Jugend eingetreten werden, um mehr Verständnis bei den Kollegen für die Jugend zu erwecken. Da auch die Eltern in der Provinz wissen, daß die freien Gewerkschaften sozialistisch eingestellt sind, kann auch in der Entschließung zur Lehrlingsabteilung das zum Ausdruck gebracht werden. In der „Jugend“ braucht aber das Wort Sozialismus nicht ununterbrochen gebraucht zu werden. Unsere Stellung zum Staat muß in Zukunft viel schärfer herausgearbeitet werden, um unsere Forderungen in dieser Beziehung viel nachdrücklicher zur Geltung bringen zu können.

Kollege Sturm (Köln) betont, daß, wenn die heutige Jugend eine stark kritische Einstellung hat, aber praktisch sehr wenig leistet, alte Sünden der Gewerkschaftsführer sich rächen, weil man die Jugend nicht für voll angesehen hat. Hier muß für Änderung gesorgt werden. Dann werden wir auch die Kräfte finden, die für die Jugend als gute Erzieher in Frage kommen. Die Arbeit der Betriebsräte wurde dadurch noch erschwert, weil in der ersten Zeit jeder Betriebsrat sein wollte, die Arbeiter aber gar nicht genügend unterrichtet waren, was das Betriebsrätegesetz bietet. Wenn auch heute noch Einwendungen dagegen erhoben werden, daß die Betriebsräte Organe zur Demokratisierung der Wirtschaft sind, wird die notwendige Erziehung der Arbeiter schon noch entsprechend einstellen.

Kollege Naujoks (Berlin) meint, wenn in der Entschließung des Verbandsvorstandes zur Lehrlingsabteilung gesagt ist, daß die Lehrlinge für die Ziele der Gewerkschaften reif zu machen sind, auch getroffen sei, was noch beantragt worden ist. Dem Lehrling muß gesagt werden, wenn er in den Betrieb eintritt, daß er sich seiner Organisation anschließen muß, will er bessere Lebensverhältnisse haben. Der Jugendliche wird das auch einsehen, wenn die Gehilfen ein gutes Beispiel geben. Deshalb wünscht Redner der Entschließung hinzugefügt, daß die Lehrlinge ihrer Abteilung zuzuführen sind. Von schlechten Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz könnte nicht geredet werden. Mit der Entschließung Dißmann betreffend Industrieverbände ist Redner nicht einverstanden. Er wünscht einen stärkeren Vorstand des ADGB. Die Gewerkschaften sollen einen Teil Bestimmungsrecht an den Bundesvorstand abgeben. Ein Weg hierzu sei der Vorschlag Tarnow, für bestimmte Zwecke dem ADGB Geld zur Verfügung zu stellen. Ein Zwang zur Schaffung von Industrieverbänden müsse abgelehnt und der Entwicklung Raum gegeben werden.

Damit war die Rednerliste erschöpft und der erste Verhandlungstag beendet.

Der 15. Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter.

I.

In der Woche vom 27. Juli bis 1. August 1925 trat in dem Hamburger Gewerkschaftshaus die Delegierten der Buchbinder und Papierverarbeiter zu ersten Beratungen zusammen. Eingeleitet wurde der Verbandstag durch eine Begrüßungsfeier im großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses. Die Darbietungen des Orchesters des Hamburger Stadttheaters und des Gesangsvereins der Buchdrucker boten den Dele-

gierten einen genüßreichen Abend. Begrüßungsworte sprachen der Gauleiter der Buchbinder in Hamburg, Kollege Küster, im Namen des Ortsausschusses des ADGB. Genosse Ehrenteil und für den Buchbinderverband der Kollege Hau-eisen. Die Feier war ein sehr schöner Auftakt zu den Beratungen. Die Kollegen von Hamburg waren in sehr großer Zahl erschienen.

Die Eröffnung des Verbandstages erfolgte am 27. Juli. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Hau-eisen begrüßte die Delegierten und Gäste und gab einen historischen Rückblick über die Entwicklung des Verbandes, der in diesem Jahre sein 40-jähriges Jubiläum feiert. Die Tagesordnung des Verbandstages lautete: 1. Geschäftsberichte, 2. Beitragsfestsetzung und Unterstützungseinrichtungen, 3. Beratung der übrigen zum Statut vorliegenden Anträge, 4. Tarif- und Lohnbewegungen, 5. Buchbinder-Zeitung, 6. Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften, 7. Einflußnahme der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik, 8. Betriebsräte und ihre Bedeutung, 9. Zusammenwirken mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen, 10. Wahl des Verbands-vorortes und der Verbands-Körperschaften, 11. Festsetzung der Gehälter für die besoldeten Vorstandsmitglieder und der Diäten für die Delegierten, 12. Beschlußfassung über die unter Punkt 1 bis 11 noch nicht zur Erledigung gekommenen Anträge.

Die Wahl des Bureaus und der Kommissionen wurde schnell erledigt, da die Delegierten sich bereits am Vortage in einer Besprechung geeinigt hatten. Es folgten die Begrüßungsansprachen. Namens der Stadt Hamburg überbrachte der Regierungsrat Dr. Biensfeld dem Verbandstage die Wünsche des Senats, für den ADGB. Genosse Bruns, für die graphischen Verbände Kollege Haß und auch die Vertreter der österreichischen Bruderorganisation und der Graphischen Union aus der Tschechoslowakei wünschten dem Verbandstag guten Erfolg. Vor Eintritt in die ordentliche Tagesordnung wurde eine Protestresolution gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung an den Reichstag gesandt, ferner eine Resolution an die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit der Aufforderung, alles zu tun, um den Kampf gegen den Zolltarif, die Mieterhöhungen usw. fortzusetzen.

Bei der Tagung waren 63 Delegierte, darunter 5 weibliche, anwesend. Dazu kam der gesamte Verbandsvorstand, die Redaktion, Vertreter des Ausschusses und die angestellten Sekretäre des Verbandsvorstandes und viele Gäste. Unser Verband hatte seinen Vorsitzenden, Kollegen Haß und Ulrich (Hamburg) entsandt.

Zu Punkt 1 ergänzte Kollege Hau-eisen als Verbandsvorsitzender die gedruckt vorliegenden Jahresberichte. Er wies mit besonderem Nachdruck auf die Inflationszeit hin und stattete den ausländischen Bruderorganisationen für die Hilfsaktion in dieser Zeit den Dank des Verbandstages ab. Er behandelte dann die innerorganisatorischen Schwierigkeiten, die durch die Zerstörung der kommunistischen Mitglieder der Verbandsvorstand besonders in Berlin sehr viele Schwierigkeiten bereitet haben. Erst durch den Ausschuß dieser Mitglieder ist der Verband wieder aktionsfähig geworden. Er gab dann ein Bild von der schwierigen Arbeit zur Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und brachte zum Schluß den Verbandstagsdelegierten zur Kenntnis, daß auch der Buchbinderverband sich nunmehr ein eigenes Verbandshaus erworben hat. Außer unserem Verbandsbesitz alle drei graphischen Organisationen jetzt ihre eigenen Verbandshäuser.

Aus dem Kassenbericht des Kollegen Lender ist besonders erwähnenswert, daß in den letzten drei Jahren 125 500 Abgänge und 89 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Im Jahre 1923 verlor der Verband 63 000 Mitglieder, in der Hauptsache weibliche. Die höchste Mitgliederzahl hatte der Verband 1922 mit 98 800. Gegenwärtig werden 56 000 Mitglieder gegenüber 33 000 in der Vorkriegszeit gezählt. Der Kassierer bedauerte besonders, daß der Verband während dieser Zeit sein gesamtes Vermögen verloren hat. Er verlangte von den Delegierten, daß sie alles tun, um den Verband baldmöglichst wieder kampfkraftig zu machen.

Die Debatte über die Geschäftsberichte war sehr sachlich, große Ausstellungen wurden nicht gemacht. Der Verbandstag beschloß einstimmig folgende Vertrauenskundgebung für die Verbandsleitung:

„Die Delegierten nahmen den erteilten Geschäfts- und Kassenbericht mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis. Mit besonderer Befriedigung deshalb, weil nach den zurückliegenden schweren Jahren es endlich, sowohl in ideller wie auch in finanzieller Beziehung wieder aufwärts und vorwärts geht.“

Die Delegierten sprechen dem Verbandsvorstand Dank und Anerkennung für die von demselben in der Berichtsperiode geleistete Arbeit aus.“

Zum Punkt 2 der Tagesordnung referierte der Hauptkassierer, Kollege Lender. Er gibt einen Überblick über die Beiträge und Unter-

stützungen seit dem letzten Verbandstag und vergleicht die bestehenden Verhältnisse mit anderen Organisationen. Er plädiert für die Wiedereinführung der Krankenunterstützung und warnt vor dem weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung. Zur Invalidenunterstützung bezieht er sich auf den Beschluß des letzten Verbandstages, wonach auch den weiblichen Angestellten das Recht zum Bezug der Invalidenunterstützung gegeben wurde. Er mahnt hier zur Vorsicht bei der Festsetzung der Leistungen. Er verlangt in erster Linie Stärkung des Kampffonds zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes.

Nach einer sehr langen Debatte beschloß der Verbandstag prinzipiell die Krankenunterstützung wieder einzuführen und überwies alle vorliegenden Anträge einer Kommission.

Am Abend des zweiten Tages nahm der Verbandstag geschlossen an der Demonstration gegen den Zollwucher teil, die von der Arbeiterschaft Hamburgs auf dem Heiligengeistfelde veranstaltet worden war.

Am dritten Tage wurden die Punkte 7 und 8 verhandelt. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB., Genosse *Ehrentleit*, hielt einen Vortrag über Einflußnahme der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik. Er gab einen eingehenden Rückblick auf die Entwicklung seit Kriegsbeendigung und schilderte den Kampf um die politische und soziale Gleichberechtigung. Er zeigte die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft und beleuchtete die Ursachen der Verschiebung der politischen Machtverhältnisse. Er forderte statt der negativen Kritik, Mitarbeit überall dort, wo die Gewerkschaften Eingang finden. Die Bedeutung dieser Mitarbeit zeigte er auch an der Wirkung der Zoll-, Handels- und Steuerpolitik der jetzigen Regierung. Der Weg zum Sozialismus führt über die Demokratisierung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften müssen deshalb die nötigen Einrichtungen treffen und unterstützen, um Menschen heranzubilden, die in der Lage sind, praktisch die großen Aufgaben der Gewerkschaften erfüllen und lösen zu können.

Im Anschluß hielt Genosse *Bauer*, Sekretär im Ortsausschuß in Hamburg, einen Vortrag über die Betriebsräte und ihre Bedeutung. Er schilderte die Entstehung des Betriebsrätegesetzes, ferner Inhalt und Bedeutung und verlangte, daß trotz der Verschiebung der Machtverhältnisse die Gewerkschaften die Aufgabe haben, tüchtige Funktionäre und Betriebsräte heranzubilden. Er machte dann Vorschläge, in welcher Weise der Ausbau des Arbeiterrechtes erfolgen kann und muß und betonte zum Schluß, daß die Gewerkschaften die Betriebsräte als ihre Funktionäre betrachten sollen. Bei der Wahl müßten nur solche Funktionäre in Vorschlag gebracht werden, die vorher sich über die Rechtslage und die Aufgaben der Betriebsräte genügend informiert haben. Nirgends gelte der Grundsatz „Wissen ist Macht“ mehr, als bei der Ausübung der Tätigkeit der Betriebsräte.

Die beiden Vorträge werden als Broschüre erscheinen. Die Debatte ergab sehr geringe Differenzen in der Auffassung. Die drei kommunistischen Delegierten machten zwar ihre Anwendungen, das geschah aber in sehr sachlicher Weise ohne die sonst üblichen Ausfälle.

Die siebente Großmacht.

(Der geistige Tod, kredenzt aus tausend Röhren).

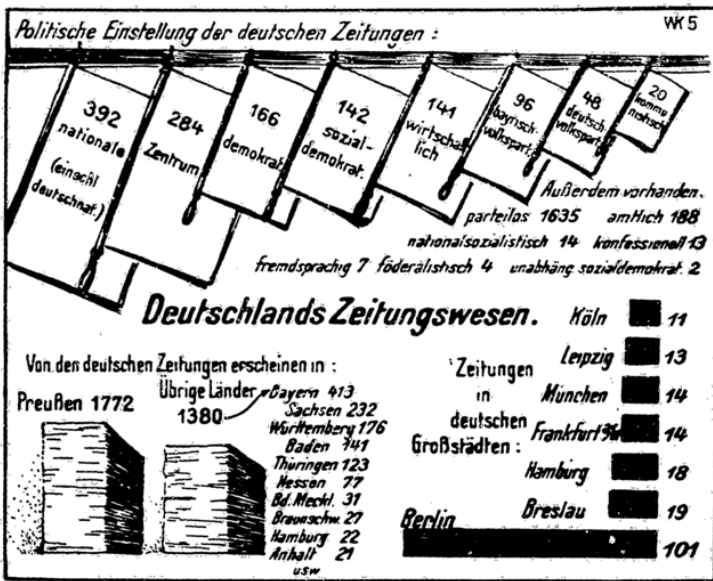
Die stärkste Macht des öffentlichen Lebens ist die Presse. Wer über eine große Zeitung oder sogar, wie es bei Hugenberg, Giradet, Mosse, Ullstein und Stinnes der Fall ist, über mehrere verfügt, ist eine öffentliche Macht. Ein solcher Mensch kann die Öffentlichkeit nach seinem Willen beeinflussen, er kann eine öffentliche Meinung vortäuschen, die in Wirklichkeit keine öffentliche, sondern eine durchaus private ist; er kann, wie Lassalle einmal sagte, alle Brunnen des Volksgeistes vergiften, und dem Volke den geistigen Tod aus tausend Röhren kredenzen. Und wenn die Macht der Presse von einer gewissenlosen Clique von Geldmenschchen zu ihren ureigensten Zwecken gebraucht wird, dann wird die öffentliche Meinung zu einer Handelsware.

Der britische Oberstaatsanwalt Douglas Hogg hat einmal auf den Bruder und Erben des englischen Zeitungskönig Northcliffes, Lord Rothermere, folgende Worte geprägt, die auch auf unsere deutschen Zeitungskönige ohne weiteres zutreffen: „Es scheint mir eine Gefahr, daß ein sehr großer Teil unserer Presse von einem einzigen Mann kontrolliert wird, einem Mann, der nicht bereit ist, auf seinem Platz im Parlament zu erscheinen, und dort seine Ansicht auszusprechen, wo man debattieren und ihm widerlegen kann, der aber Tag für Tag die Regierung kritisieren und in ein falsches Licht rücken und die öffentliche Meinung zeitweise so beeinflussen kann, daß manchmal das in der Regierung eintritt, was schließlich dann die Unfähigkeit und Unfähigkeit zu handeln, hervorruft, die er der Regierung vorwirft. Das ist der Gasangriff moderner Zeit, und vielleicht der schwierigste, abzuschlagen.“

In Deutschland befinden sich 80 Proz. der Zeitungen in Abhängigkeit vom Großkapital. Doch nicht nur die Zeitungen, sondern auch die großen Korrespondenzbureaus befinden sich in deren Händen. Man überschaue nur einmal die lange Kette von Korrespondenzbureaus, die sich der ehemalige Direktor der Firma Krupp, Hugenberg, angefangen von der Telegraphenunion (TU.) bis zur Matern- und Klischeelieferung an die kleinen Provinzblätter untertänig zu machen

Volkes ausmachen, haben ihre geschichtliche Mission noch nicht begriffen, sonst würden sie nicht in ihrer übergroßen Masse die bürgerliche und farblose Presse unterstützen. Sie haben das Prophetenwort Lassalles noch nicht begriffen, das dieser vor 62 Jahren in die Masse schleuderte: „Der wahre Feind des Volkes, sein gefährlichster Feind, umso gefährlicher deshalb, weil er unter der Larve seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse!“ Die heutigen Volksmassen, die ganz anders geschult sind als die arbeitenden Massen zu Lassalles Zeiten, haben auch heute noch nicht selbständig denken gelernt, sondern sie beziehen ihre Gedanken tagtäglich fix und fertig zum Gebrauch von den Zeitungsschreibern, jenen Leuten, von denen Besmarck sagte, daß sie ihren Beruf verfehlt hätten und die Lassalle folgendermaßen charakterisierte: „Das sind die modernen Landsknechte von der Feder, das geistige Proletariat, das stehende Heer der Zeitungsschreiber, das öffentliche Meinung macht, und dem Volke tiefe Wunden geschlagen hat, als das stehende Heer der Soldaten, denn dieses hält doch nur durch äußere Gewalt das Volk zu Boden, jenes bringt ihm die innere Fäulnis, vergiftet ihm Blut und Saft.“

Aber eine andere Macht ist heute entstanden, an die Lassalle noch nicht zu denken vermochte: Die freie Gewerkschaftspressen. Sie ist ein gewaltiges Machtmittel der Arbeiterklasse.



vermochte. Da sich die große Masse der kleinen Zeitungen eigene Vertretungen an den wichtigsten Plätzen Deutschlands und der Welt nicht halten können, sind sie auf Korrespondenzen angewiesen. Hinzu kommen in letzter Zeit die Bilderbeilagen. Nur große Blätter sind in der Lage, sich Tiefdruck- oder Offsetmaschinen anzuschaffen. So werden denn die illustrierten Zeitungen in gewaltigen Auflagen gedruckt, und den Provinzblättern mit anderem Kopfaufdruck beigelegt. So wirken die großen Zeitungskonglomerate weit über ihre eigenen Zeitungen hinaus.

Die Gliederung der deutschen politischen Presse geht aus dem beigegebenen Schaubild hervor. Ausgesprochen politische Zeitungen wurden in diesem Frühjahr in Deutschland 1293 gezählt. Daneben gibt es noch 1635 sogenannte parteilose, die die gefährlichsten Gattungen darstellen. Außerdem bestehen noch 188 sogenannte amtliche Blätter, die hauptsächlich auf dem Lande als Kreisblätter erscheinen und ebenfalls den bürgerlichen Blättern zuzuzählen sind. Den insgesamt 2966 bürgerlichen Tagesblättern stehen nur 141 sozialdemokratische Zeitungen, 20 kommunistische und 2 unabhängigsozialistische Zeitungen gegenüber.

Hier zeigt sich die Schwäche des arbeitenden Volkes. Die ungeheure Masse der Hand- und Kopfarbeiter, die drei Viertel des gesamten

Sie erscheint in einer Auflage von 8 Millionen Exemplaren. Zwar gibt es hier eine Kategorie von Beziehern, die es bei der Tagespresse nicht gibt, die Nichtleser. Dennoch ist die freie Gewerkschaftspressen die gewaltigste Pressemacht Deutschlands. Ihre Aufgabe ist es die Vorurteile zu zerstören, die den Lesern von der falschen Tagespresse eingeimpft werden. Und zu unserer aller Freude sei es festgestellt, daß die Gewerkschaftspressen von heute mit derjenigen vor 15 Jahren fast kaum zu vergleichen ist. Sie ist über sich selbst hinausgewachsen. Und dessen freuen wir uns. Heute werden in der Gewerkschaftspressen Probleme erörtert, an die man vor 10 Jahren kaum zu denken vermochte.

Wohlan denn, ihr Millionen, das Blatt, das ihr da in der Hand haltet, ist eure stärkste Waffe. Sie ist in der Lage die Obermacht der bürgerlichen Presse auszugleichen, wenn ihr sie nur unterstützt und vor allem sie leset vom Anfang bis zum Ende. Daneben denkt immerfort an den Ausbau der sozialistischen Tagespresse, denn erst beide zusammen, die Gewerkschaftszeitung und die Tagespresse ergeben die scharfe Waffe, mit Hilfe deren es möglich ist den Unverstand der Massen zu überwinden. Erst wenn die chinesische Mauer der Dummheit abgetragen, vermag das schaffende Volk die Macht zu ergreifen.

**Mehrere tüchtige Farbätzer
erstklassige Maschinenretuscheure
Auto- und Strichätzer**

suchen für sofort oder später J. G. Schetter & Glösecke, Konstanztal für Hochätzung, Leipzig, Brüderstraße 26-28.

Jüngerer, tüchtiger
Bleindruck-Maschinenmeister

fließt im Druck von Zinkplatten, zum baldigsten Eintritt gesucht. Wegen Wohnungsmangel ledige Bewerber bevorzugt.
Schillerwerk Godesberg Akt.-Ges., Godesberg a. Rh.

Einige Notenstecher

bei guten Bedingungen für angenehme Dauerstellung per sofort gesucht
Berliner Musikalien-Druckerei, G. m. b. H., Berlin S. W. 68, Lindenstraße 16-17.

**Maschinen-Retuscheure, Farben-Ätzer
Chromo-Lithographen** für unsere Abteilung Offset,
Nachschneider, Schwarz-Ätzer, Strich-Ätzer. Es wollen sich nur tüchtige Kräfte melden.

Arbeitsproben und Zeugnisse sind mit einzusenden.

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt: